

Bundesmarine nimmt erstmals Piraten fest

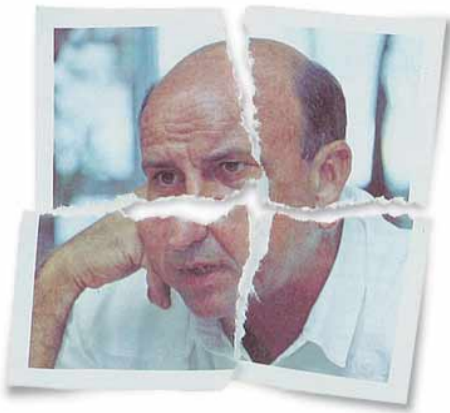
Angriff auf Frachter im Golf von Aden abgewehrt

VON JOACHIM ZEPELIN, BERLIN

Die Deutsche Marine hat erstmals vor der Küste Somalias ein Piratenschiff aufgebracht und neun mutmaßliche Seeräuber festgenommen. Die Verdächtigen befanden sich gestern zu Verhören an Bord der Fregatte „Rheinland-Pfalz“ und werden bei ausreichendem Tatverdacht nach Deutschland ausgeflogen, um vor einem deutschen Gericht angeklagt zu werden.

Die Festnahmen folgten auf einen Angriff auf den Frachter „MV Courier“, der einer deutschen Reederei gehört. Nach dem Notruf des Kapitäns, dass sein Schiff mit Panzerfäusten und Schusswaffen angegriffen werde, flogen ein deutscher und ein US-Bordhubschrauber zur „MV Courier“. Dort konnten sie den Angriff mit Warnschüssen abwehren. Ein Boot der Piraten wurde anschließend von Soldaten der „Rheinland Pfalz“ geentert, die im Rahmen des Anti-Piraten-Einsatzes „Atlanta“ im Golf von Aden kreuzt.

Nun muss erstmals ein Gremium aus Beamten von vier Bundesministerien tagen, um über den Fall zu entscheiden. Sollten die Beamten zu der Einschätzung kommen, dass gewichtige deutsche Rechtsgüter geschädigt wurden, müssten die Festgenommenen in Deutschland angeklagt werden. Anderenfalls muss ein Land in der Region gefunden werden, das die Verdächtigen anklagt, oder aber sie müssten freigelassen werden. Die Entscheidung wird dadurch erschwert, dass die „MV Courier“ unter der Flagge von Antigua mit ausschließlich philippinischer Besatzung fährt.



Aussortiert: Die Gesichter von **Carlos Lage** (l.), Sekretär des Ministerrats, **José Luis Rodríguez** (M.), Minister für Wirtschaftsplanung, und **Felipe Pérez Roque**, Außenminister, braucht sich Castro nun nicht mehr zu merken



Raúl Castro wirft Hardliner raus

Größte Kabinettsumbildung in Kuba seit Rückzug von Fidel Castro · Ideologen machen Pragmatikern Platz

VON MATTHIAS KNECHT, MEXIKO-STADT

Rund ein Jahr nach seiner offiziellen Ernennung zum Staatschef hat Raúl Castro Kubas Kabinett seinen Stempel aufgedrückt. Wie die Regierung am Montagabend bekannt gab, wechselte er neun Minister aus, strich zwei Ressorts und entließ weitere Funktionäre des Regimes.

Prominentestes Opfer des größten Regierungsumbaus seit dem Abgang von Raúls Bruder, Revolutionsführer Fidel Castro, ist Außenminister Felipe Pérez Roque. Nach fast zehn Jahren muss der mit 43 Jahren für kubanische Verhältnisse sehr junge Minister das Amt an seinen bisherigen Vize übergeben, den früheren Botschafter bei der Uno, Bruno Rodríguez Parrilla. An Macht eingebüßt hat auch Carlos Lage, der als Reformers in Kubas Führungsriege gilt. Der bisherige Sekretär des Ministerrats, eine Art Premierminister ohne Regierungsgewalt, wird durch einen früheren Sekretär Raúl Castros ersetzt.

Zur Begründung wird in der knappen offiziellen Mitteilung auf Raúl Castros Bemühen hingewiesen, gegen bürokratischen Wildwuchs in der Regierung vorzugehen. Schon beim Amtsantritt vor gut einem Jahr hatte er eine „kompaktere und funktionellere Struktur“ der Regierung angekündigt. Dazu passt, dass mehrere Ministerposten gestrichen wurden.

Entmachtet wurden aber vor allem die „Taliban“, wie in Kubas Volksmund die besonders ideologischen Anhänger des Ex-Diktators Fidel Castro heißen. Neben Pérez Roque gehört dazu auch Otto Rivero, der sein Amt als einer der rund ein Dutzend Vizepräsidenten verlor. Rivero war unter Fidel Castro mit der „Schlacht der Ideen“ betraut, einem Sozial- und Propagandaprojekt des ehemaligen Chefkommandanten, das unter Raúl Castro still und heimlich beerdigt wurde.

Deutlich gemacht hat Raúl Castro nun, dass er die Zügel in der Hand hält und dass Effizienz mehr zählt als Ideologie. Einen grundlegenden Kurswechsel erwartet der kubanische Ex-Funktionär und Publizist Eugenio Yañez aber nicht. „Das ist nicht notwendigerweise der Beginn von Wirtschaftsreformen, sicher aber die Bestätigung von Raúls Stil und die definitive Absetzung der Taliban“, schrieb Yañez in einer ersten Analyse.

„Das ist die definitive Absetzung der Taliban“

Eugenio Yañez, Kubakenner

Unterstrichen hat Castro auch seinen außenpolitischen Kurswechsel – weg von der Konfrontation hin zur pragmatischen Zusammenarbeit. Mit dem neuen Minister Rodríguez Parrilla kommt ein Mann der leisen Töne, der sich deutlich von seinem polternden Vorgänger Pérez Roque abhebt.

Bisheriges Meisterstück Rodríguez Parrillas war die Arbeit an Kubas Bericht für den Uno-Men-

schenrechtsrat im vergangenen Februar in Genf. Im Hintergrund wirkte der Juraprofessor auch bei Castros zahlreichen Reisen seit letztem Dezember, mit denen Kuba die Aufnahme in Lateinamerikas Politgemeinschaft, die Rio-Gruppe, und die Wiederannäherung an Moskau gelang.

Castro braucht Rodríguez Parrillas diplomatisches Können nun für die von ihm bereits ausdrücklich gewünschte Annäherung an die USA. Beschlossen hat die neue US-Regierung zwar bisher nur erste Erleichterungen für Exilkubaner bei Reisen und Überweisungen in die Heimat. Doch die politischen Forderungen in Washington gehen schon viel weiter. Das einflussreiche Brookings-Institut hat etwa gerade eine Reihe von Maßnahmen verlangt, die auf ein faktisches Ende des Embargos gegen Kuba und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen hinauslaufen würden. Den Taliban traute Castro offenbar nicht zu, diesen Stimmungsumschwung in Washington zu nutzen.

Hoffnung auf baldige Wahlen in Guinea-Bissau

Einen Tag nach den Morden am Armeeführer und am Präsidenten von Guinea-Bissau ist in dem westafrikanischen Kleinstaat weitgehend wieder Ruhe eingekehrt. „Viele Läden sind geöffnet, und in Schulen wird unterrichtet, nur die Banken sind noch geschlossen“, berichtete ein Radiojournalist gestern. Der Staatssekretär im portugiesischen Außenministerium, João Gomes Cravinho, stellte Präsidentenwahlen innerhalb von 60 Tagen in Aussicht. In Bissau war in der Nacht zum Montag Armeeführer Tagme Na Wai und am Morgen Präsident João Bernardo Vieira getötet worden. „Wir sind überzeugt, dass man das tun wird, was die Verfassung vorschreibt“, sagte Cravinho, Leiter einer Delegation der Gemeinschaft Portugiesischsprachiger Länder (CPLP), nach seiner Ankunft in Bissau. Und das seien Wahlen in zwei Monaten. DPA

Streit um irakischen Parlamentspräsidenten

Im Irak eskaliert der Parteienstreit um den Vorsitz im Parlament. Die sunnitische Fraktion Irakische Konsensfront erklärte gestern, sie habe nun Klage vor dem Föderationsgericht eingereicht, um endlich eine Entscheidung zu erzwingen. Der Posten des Parlamentspräsidenten ist seit mehr als zwei Monaten vakant, weil sich die Parteien nicht auf einen Nachfolger von Mahmud al-Maschhadani einigen können, der im Dezember in einem Wutanfall zurückgetreten war. Mehrere Abstimmungen blieben ergebnislos, weil kein Kandidat die erforderliche Mehrheit erhielt. Der Streit blockiert die Verabschiedung mehrerer wichtiger Gesetze. Streit gab es auch um den Besuch des iranischen Ex-Präsidenten Akbar Haschemi Rafsandschani im Irak. Kurdische und schiitische Politiker hatten ihn empfangen. Sunnitische Politiker bezeichneten ihn hingegen als „Mörder“. DPA

Foto: Reuters/Flah, AP/John Covert, AP/Photo, AP/John Covert

★ ★ ★
BEB
★ BEST OF EUROPEAN BUSINESS

Das beste Mittel gegen die globale Krise? Gute Nachrichten!

Liebe Gewinner von 'Best of European Business' 2009,
herzlichen Glückwunsch – und vielen Dank! Sie zeigen die große Leistungskraft, die in Europas Wirtschaft steckt.



PSA PEUGEOT CITROËN | **real** | **FRESENIUS**

Christian Streiff, CEO von PSA Peugeot Citroën, Joël Saveuse, Mitglied des Vorstands der Metro AG und CEO der real,- SB Warenhaus GmbH, und Stephan Sturm, CFO der Fresenius SE, haben mit ihren Awards in Deutschland einen beeindruckenden Auftakt gemacht. Wir freuen uns auf die nächsten Sieger der diesjährigen Initiative in Frankreich, Spanien und Portugal.